



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT  
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2008/1

## **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

2008/1 (Heft 18)

mit Beiträgen von Patrick Wagner, Stefan Schmidt,  
Holger Zaunstöck, Christian Grobler und  
Thomas Pruschwitz

## **Inhalt**

Vorwort .....	7
---------------	---

## **Aufsätze**

### **Patrick Wagner**

<i>Im Schatten der „Bevölkerungsbombe“ – die Auseinandersetzungen um eine Weltbevölkerungspolitik (1950-1994), oder: Zeitgeschichte als Weltgeschichte .....</i>	9
--	---

### **Stefan Schmidt**

<i>„Jedem eine Wohnung“ – Partizipationsmöglichkeiten der DDR-Bevölkerung am Beispiel der Wohnungspolitik der SED in den 1970er Jahren .....</i>	27
--	----

### **Holger Zaunstück**

<i>Die Zeit bei der „Asche“. Erinnerungen von NVA-Soldaten als Gegenstand und konzeptionelle Herausforderung der zeitgeschichtlichen Forschung .....</i>	63
--	----

## **Werkstatt**

### **Christian Grobler**

<i>Die Verfolgung von deutschen Zivilisten in Köthen/Anhalt zwischen Juli 1945 und März 1953 durch sowjetische Sicherheitsorgane .....</i>	80
--	----

### **Thomas Pruschwitz**

<i>Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994): Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz. Interview mit Otto Freiherr Grote .....</i>	104
--	-----

<i>Resümees / Abstracts .....</i>	121
-----------------------------------	-----



## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen ein weiteres Heft der „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ vorlegen zu können. Es ist uns besonders angenehm, Ihnen eine neue Mitherausgeberin der Reihe vorstellen zu dürfen. Stefanie Middendorf studierte Geschichte, Germanistik, Psychologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Freiburg, Basel und Jerusalem. Seit Oktober 2007 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Zeitgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im gleichen Jahr schloss sie eine Doktorarbeit zur Wahrnehmungsgeschichte der Massenkultur in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert ab. Ihr Forschungsprofil entspricht dem Bestreben der Herausgeber, die „Hallischen Beiträge für Zeitgeschichte“ zunehmend international zu vernetzen.

Auch in diesem Heft finden sich Arbeiten, die bislang vernachlässigte Forschungsfelder in den Blickpunkt rücken, innovative Fragestellungen erproben und neue Quellenbestände erschließen. Eine besondere Bedeutung nimmt dabei die Verknüpfung globaler, regionaler und lokaler Zugriffe in der Zeitgeschichte ein.

*Patrick Wagner* zeigt in seinem Beitrag am Beispiel der indischen Bevölkerungspolitik Perspektiven einer globalen Zeitgeschichtsschreibung auf. Anhand der Analyse von Eingaben der DDR-Bevölkerung zur Wohnungspolitik in den 1970er Jahren fragt *Stefan Schmidt*, inwieweit auf diesem Wege Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden konnte. *Holger Zaunstock* stellt methodisch-konzeptionelle Überlegungen zur Diskussion, welche die v.a. im Internet vorliegenden Erinnerungen ehemaliger NVA-Soldaten als Quellen für eine integrierte Nachkriegsgeschichte Ost- und Westdeutschlands entdecken.

In einem zweiten Teil – der ‚Werkstatt‘ – konzentriert sich dieses Heft auf die methodischen Herausforderungen und empirischen Erweiterungen der Forschung durch die oral history. Im Beitrag von *Christian Grobler* wird ein umfassender Bestand verschriftlichter Erinnerungsberichte zur Analyse von Repressionsmechanismen der sowjetischen Besatzungsherrschaft in einer ost-deutschen Mittelstadt herangezogen. Das Interview von *Thomas Pruschwitz* mit *Otto Freiherr Grote*, nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Verbindungskommandos der Bundeswehr, blickt auf die Strategien, Pro-

bleme und Effekte des Abzugs der Westgruppe der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Ob für die gedruckte Version oder für die als PDF-Dateien auf unseren Internetseiten ([www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz)) zur Verfügung stehenden Beiträge dieses Heftes wünschen die HerausgeberInnen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Juli 2008

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

# Im Schatten der „Bevölkerungsbombe“ – die Auseinandersetzungen um eine Weltbevölkerungspolitik (1950-1994), oder: Zeitgeschichte als Weltgeschichte

von Patrick Wagner

Gerade die Zeitgeschichte gehört zu jenen Teilgebieten der deutschen Geschichtswissenschaft, innerhalb derer die nationalgeschichtliche Perspektive noch immer unangefochten dominiert. Die unabweisable Notwendigkeit, sich intensiv mit Vorgeschichten, Realitäten und Nachwirkungen des Nationalsozialismus, aber auch der SED-Diktatur auseinander zu setzen, rechtfertigt diese Schwerpunktbildung bis heute. Dennoch: Wenn *eine* Aufgabe der Zeitgeschichtsschreibung darin besteht, unserer Gesellschaft Angebote für ein Mehr an historischer Tiefenschärfe bei der Auseinandersetzung mit ihrer Gegenwart zu unterbreiten, dann muss die zeithistorische Forschung ihre Themenpalette um die Geschichte jener Prozesse erweitern, die wir unter dem Schlagwort „Globalisierung“ subsumieren.<sup>1</sup> Denn zweifellos gehört es zu den zentralen Herausforderungen der Gegenwart, die globalen Interdependenzen unserer gesellschaftlichen Existenz besser zu verstehen und unser Handeln entsprechend einzurichten, um diesen Strukturen nicht einfach ausgeliefert zu sein, sondern sie aktiv zu gestalten.

Die Frage aber, wie man konzeptionell befriedigend, methodisch reflektiert und zugleich arbeitspragmatisch „Global History“ schreibt, ist um das mindeste zu sagen, offen. Wenn die Beobachtung von Jürgen Osterhammel richtig ist, dass die Beschäftigung mit Themen globaler Reichweite bislang „das Stadium des Programmatischen (...) kaum verlassen hat“, so spricht aber viel dafür, nicht auf das allumfassend überzeugende Konzept zu warten, sondern mit den bislang vorhandenen Vorschlägen zu experimentieren und die Debatte um „Global History“ durch konkretes Tun *und* seine Reflektion voranzutreiben.<sup>2</sup> Dies soll hier exemplarisch geschehen, nämlich anhand der Geschichte der internationalen Debatten um eine „Überbevölkerung“ der Erde

---

<sup>1</sup> Vgl. Hanna Schissler: Weltgeschichte als Geschichte der sich globalisierenden Welt, in: APuZ 2005, Heft 1, S. 33 – 39.

<sup>2</sup> Jürgen Osterhammel: Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen, in: ders., Wilfried Loth (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 387-408, hier S. 389. Vgl. auch den Überblick bei Kirian Patel: Transnationale Geschichte – ein neues Paradigma?, in: H-Soz-u-Kult, 2.2.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=573&type=diskussionen>, zuletzt besucht am 11.2.2008. Ein Überblick über die Diskussion lässt sich problemlos über Foren wie <http://geschichte-transnational.clio-online.net> oder die Zeitschrift *Comparativ* gewinnen (siehe [www.comparativ.net](http://www.comparativ.net)).

und die Geschichte der gegen diese vermeintlich apokalyptische Bedrohung gerichteten politischen Praktiken. Der Sinn dieses Beitrages besteht nicht in einer detaillierten Erörterung des Themas, vielmehr soll er dessen Konturen grob skizzieren und verdeutlichen, inwiefern eine entsprechende Untersuchung Erkenntnis fördernd sein kann. Nach einleitenden Bemerkungen zur indischen Bevölkerungspolitik als Fallbeispiel einer Geschichte staatlicher Geburtenkontrolle werde ich die Entstehung einer von den USA ausgehenden, ab den 1950er Jahren aber schnell internationalisierten Debatte um die „Bevölkerungsexplosion“ skizzieren, die Rolle der UNO erörtern und schließlich nach der Implementierung bevölkerungspolitischer Programme in den Staaten der „Dritten Welt“ fragen.

Obwohl, oder: gerade weil, meine folgenden Bemerkungen sich auf den möglichen Erkenntnisnutzen einer globalen Perspektive für die Zeitgeschichte beziehen, möchte ich ein scheinbar peripheres indisches Dorf zum Ausgangspunkt nehmen.

### *1. Bevölkerungspolitik – ein Thema nationaler wie globaler Geschichte(n)*

Begeben wir uns also für einen Augenblick in das nördlich von Delhi gelegene und mehrheitlich von Muslimen bewohnte Dorf Uttawar. Am 6. November 1976 wurden dessen Bewohner um drei Uhr morgens von Lautsprecheransagen aus dem Schlaf gerissen, die alle Männer über 15 Jahren dazu aufforderten, sich auf einem Platz in der Ortsmitte zu versammeln. Das Dorf war von paramilitärischen Polizeieinheiten umstellt, die wenig später von Haus zu Haus gingen, um nach sich dort noch versteckenden Männern zu suchen. Etwa 400 Dorfbewohner, die so gefunden wurden oder sich wie sungsgemäß in der Dorfmitte versammelt hatten, wurden mit Lastwagen abtransportiert und in einer nahe gelegenen Klinik zwangsweise sterilisiert. An Uttawar war ein Exempel statuiert worden, nachdem sich das Dorf in den Monaten zuvor geweigert hatte, die von der Distriktsverwaltung geforderte Quote vermeintlich „freiwilliger“ Sterilisationskandidaten zu „liefern“.<sup>3</sup>

Zu diesem Zeitpunkt, oder genauer: zwischen Ende Juni 1975 und März 1977, herrschte in Indien der Ausnahmezustand, fast 100.000 Oppositionelle befanden sich in Haft, die Medien unterlagen strikter Zensur.<sup>4</sup> Premier-

---

<sup>3</sup> Vgl. Davidson R. Gwatkin: Political Will and Family Planning: The Implications of India's Emergency Experience, in: Population and Development Review 5 (1979), S. 29-59, hier S. 45f.; Akshayakumar Ramanlan Desai: Violation of democratic rights in India, Bombay 1991, S. 276ff.

<sup>4</sup> Vgl. Ramesh C. Thakur: The Fate of India's Parliamentary Democracy, in: Pacific Affairs 49 (1976), S. 263-293.

ministerin Indira Gandhi regierte das Land autoritär, und ihr Sohn und designierter Erbe Sanjay Gandhi initiierte eine Kampagne zur Geburtenkontrolle, in deren Rahmen für jeden Bundesstaat und jeden Distrikt jeweils ein Plansoll an Sterilisationen festgesetzt wurde. Die Konkurrenz der regionalen Politiker und Bürokraten um die Gunst der Gandhis führte häufig zur Übererfüllung dieser Quoten. Waren in den Jahren zuvor anderthalb bis drei Millionen Menschen jährlich im Rahmen der staatlichen Familienpolitik sterilisiert worden, so registrierte man nun in den 21 Monaten des Ausnahmezustands insgesamt elf Millionen Sterilisationen. Fast jede öffentliche Leistung wurde von der Sterilisation ihres Empfängers abhängig gemacht, von der Gewerbeerlaubnis über staatliche Kleinkredite, den Führerschein bis zur Ausgabe von Lebensmittelkarten. Beförderungen, die Vermietung von Dienstwohnungen, ja die Auszahlung des Gehalts von Staatsangestellten bis hinunter zum Dorfschullehrer wurden an die Bedingung geknüpft, sich selbst sterilisieren zu lassen beziehungsweise eine festgelegte Zahl von Sterilisationspatienten zu akquirieren. Selbst die Versorgung abgelegener Dörfer mit Trinkwasser wurde von der Erfüllung lokaler Sterilisationsquoten abhängig gemacht. Viele Berichte betonen allerdings, dass die lokalen und regionalen Behörden zur Erfüllung dieser Quoten unterschiedslos auch solche Menschen sterilisieren ließen, die sich aufgrund ihres hohen Alters oder anderer Lebensumstände ohnehin nicht mehr fortpflanzen konnten; im Bundesstaat Uttar Pradesh sollen 62 Prozent der Sterilisationen auf diese Gruppe entfallen sein.<sup>5</sup>

Bei den Parlamentswahlen vom März 1977 erlitt die Kongresspartei der Gandhis eine verheerende Niederlage und büßte ihre Mehrheit ein. In jenen nordindischen Staaten, in denen die Sterilisationskampagne die radikalsten Züge angenommen hatte, konnte der Kongress nur noch vier von 245 Wahlkreisen gewinnen. Die Wahlforscher stimmten darin überein, dass die Geburtenkontrollpolitik *eine* der Ursachen dieses politischen Erdbebens bildete.<sup>6</sup> Die folgende Regierung bremste diese Politik denn auch ab, die Zahl der Sterilisationen sank 1977/78 unter eine Million, um nach der 1980 erfolgten Wiederwahl Indira Gandhis bis 1983 wieder auf vier Millionen

---

<sup>5</sup> Vgl. Marika Vicziany: Coercion in a Soft State: The Family-Planning Program of India, in: *Pacific Affairs* 55 (1982/83), S. 373-402 und 557-592, hier S. 373; Rosanna Ledbetter: Thirty Years of Family Planning in India, in: *Asian Survey* 24 (1984), S. 736-758, hier S. 747ff.; Robert Cassen: *India. Population, economy, society*, London 1978, S. 181-192; Susanne Heim, *Human Betterment: Zwangssterilisation und Retortenbabies*, in: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.): *Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik*, Nördlingen 1986, S. 146-165, hier S. 154; Petra Lambrecht, Heide Mertens: *Small family – happy family. Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien*, Münster 1989, S. 146.

<sup>6</sup> Vgl. Oliver Mendelsohn: The collapse of the Indian National Congress, in: *Pacific Affairs* 51 (1978), S. 41-66, hier S. 43f. und 53f.; Ledbetter, *Thirty Years*, S. 749.

anzusteigen. An der Wachstumsrate der indischen Bevölkerung hatte die Zwangskampagne im Übrigen nichts verändert, diese lag 1971 bei 2,24 Prozent, 1981 aber bei 2,23 Prozent pro Jahr.<sup>7</sup>

Macht es nun eigentlich Sinn, die Geschichte der Sterilisationskampagne von 1976 aus der Perspektive einer indischen Nationalgeschichte zu schreiben? Die erste Antwort lautet: Ja, das ist eine durchaus sinnvolle Option. Die Kampagne von 1976 erscheint dann als Höhepunkt einer innenpolitischen Auseinandersetzung um die optimale Bevölkerungsgröße eines indischen Nationalstaates. Die Kongresspartei propagierte seit 1935 Familienplanung als Weg zu ökonomischer Entwicklung und nationaler Stärke. Alle Fünfjahrespläne des unabhängigen Indien seit 1951 enthielten stetig ausgeweitete Geburtenkontrollelemente – der Anteil der Geburtenkontrollprogramme an den Gesundheitsbudgets dieser Pläne stieg von 0,5 Prozent im ersten bis auf 42 Prozent im fünften Plan (1974–1979). Zwischen 1956 und 1976 waren bereits 19 Millionen Inder sterilisiert worden. Das Ausmaß des dabei ausgeübten Zwangs erreichte während des Ausnahmezustandes von 1975 bis 1977 einen Höhepunkt, das Phänomen an sich war jedoch nicht neu.<sup>8</sup>

Eine nationalgeschichtliche Perspektive würde nach dem Ort der Geburtenkontrollpolitik im indischen Weg einer von der Bürokratie geplanten sozioökonomischen Entwicklung fragen. Sie könnte aufgrund einer genaueren Analyse der Zielgruppen der Geburtenkontrollpolitik danach fragen, wie diese von den Beziehungen zwischen den Kasten, den religiösen und ethnischen Gruppen und von den Geschlechterverhältnissen in der indischen Gesellschaft geprägt wurde.<sup>9</sup> So führte beispielsweise der Umstand, dass Söhne in weiten Teilen Indiens eine viel größere Bedeutung für die Versorgung ihrer Eltern im Alter, für deren Schutz gegen Gewalt oder für deren Totenkult besitzen als Töchter und daher eine höhere Wertschätzung genießen, dazu, dass Techniken der Geburtenkontrolle, der Abtreibung und der Pränataldiagnostik zur gezielten Verhütung von Mädchen eingesetzt wurden (und werden). Eine nationalhistorische Perspektive würde die kulturelle Kluft zwischen den städtischen Mittel- und Oberschichten und der von diesen paternalistisch behandelten Landbevölkerung ebenso in den Blick nehmen wie

---

<sup>7</sup> Vgl. Paul Gans, Jochen Mistelbacher: Indien: Bevölkerungspolitik für eine Milliarde Menschen. Eine Fallstudie aus einem Land der Dritten Welt, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 31 (2002), Heft 2, S. 12f., hier S. 13.

<sup>8</sup> Vgl. Vicziany, Coercion, S. 374, 379 und 386 sowie Ledbetter, Thirty Years, S. 736-747.

<sup>9</sup> Mikrostudien in südindischen Dörfern haben etwa gezeigt, wie stark die Praxis der Geburtenkontrollpolitik in ihnen während der 70er und 80er Jahre dadurch geprägt wurde, dass die als ihre lokalen Protagonistinnen agierenden Gesundheitsarbeiterinnen höheren, die Masse der von ihnen angesprochenen Frauen aber niederen Kasten angehörten, vgl. John C. Caldwell, P.H. Reddy, Pat Caldwell, The Causes of Demographic Change. Experimental Research in South India, Madison 1988, S. 65f.

die Auswirkungen ökonomischen Wandels auf Familienstrukturen und -leitbilder.<sup>10</sup>

All dies könnte mit großem Erkenntnisgewinn in nationalgeschichtlicher Perspektive untersucht werden. Allerdings wird beim zweiten Blick auf einige der genannten Aspekte deutlich, dass sie ohne die Einbeziehung internationaler Verflechtungen kaum angemessen untersucht werden können. So stellte beispielsweise jenes Leitbild der Kernfamilie, das die staatlichen Planer zur Grundlage der Geburtenkontrollpolitik machten, ein Hybrid dar. Es setzte sich nämlich sowohl aus indischen Elementen wie auch aus Ideen der westlichen Moderne zusammen, war also Resultat der „Westernisierung“ jener Schichten, aus denen die Planer stammten. Und auch das in der formativen Gründungsphase des indischen Nationalstaates ab 1947 etablierte Modell staatlich geplanter Entwicklung verdankte seine Durchsetzung weniger spezifisch indischen Faktoren als vielmehr einem zu diesem Zeitpunkt weltweit dominierenden und politisch lagerübergreifenden Trend, nach den ökonomischen Krisen der Zwischenkriegszeit, die man dem Liberalismus zuschrieb, auf den staatlichen „Plan“ als Instrument rationaler und krisensicherer Entwicklung zu setzen.

Im Übrigen betrieben Mitte der 70er Jahre 34 Entwicklungsländer mit der indischen Geburtenkontrollpolitik vergleichbare Programme.<sup>11</sup> Die indische Politik besaß international eine Leitfunktion; seit Beginn der 50er Jahre galt Indien als *das* große Experimentierfeld für Familienplanung weltweit, und die indischen Familienplaner waren immer von internationalen Experten beraten, inspiriert, teilweise auch finanziert worden.<sup>12</sup> Die wichtigste internationale Lobbyorganisation einer globalen Bevölkerungspolitik, die „International Planned Parenthood Federation“, war 1952 von 500 Experten aus 14 Ländern in Bombay gegründet worden. Während der Sterilisationskampagne von 1976 gaben sich internationale Protagonisten radikaler Bevölkerungskontrolle in Delhi die Klinke in die Hand und lobten – wie der Präsident der Weltbank Robert McNamara – den Mut der Regierenden.<sup>13</sup> Die UNO verlieh Indira

---

<sup>10</sup> Vgl. Vibhuti Patel: Amniozentese und Mord an weiblichen Föten, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 14 (1983), S. 50 – 54 und Ledbetter, *Thirty Years*, S. 756f.

<sup>11</sup> Vgl. W. Paker Mauldin, *Assessment of National Family Planning Programs in Developing Countries*, in: *Studies in Family Planning* 6 (1975), S. 30-36, hier S. 30.

<sup>12</sup> Vgl. Lambrecht/Mertens, *Small family*, S. 96 und 140 und Raghavendra K. Rao: *Society, culture and population policy in India*, Delhi 1989, S. 103. Schon der wissenschaftliche Vater des Überbevölkerungsparadigmas, der Brite Thomas Malthus, hatte übrigens zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast 30 Jahre am College der East India Company in Haileybury gearbeitet.

<sup>13</sup> Vgl. Betsy Hartmann: *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control and Contraceptive Choice*, New York 1987, S. 238; Susanne Heim,

Gandhi 1984 ihren Bevölkerungspreis und erklärte damit die von Gandhi betriebene Geburtenkontrollpolitik – inklusive ihrer Zwangsinstrumente – zu einem Vorbild für die Staaten der „Dritten Welt“.<sup>14</sup>

Die Geschichte der indischen Bevölkerungspolitik scheint mir damit ein Beispiel für jene Themen der Zeitgeschichte zu sein, die wir mit benennbaren Erkenntnisvorteilen aus der Perspektive ihrer globalen Kontexte, Akteurskonstellationen und Wirkungen untersuchen können. Sie steht für die verstärkte „Globalisierung“ politischer Prozesse seit 1945 und somit für die Notwendigkeit, sich als Zeithistoriker vermehrt um eine globale Perspektive zu bemühen. Freilich stellt sich hier drängend die Frage, mit Hilfe welcher Narrative, Kategorien und Erklärungsmodelle man ein derart komplexes Unterfangen mit Aussicht auf methodisch einigermaßen abgesicherten Erkenntnisgewinn in Angriff nehmen könnte. Beim derzeitigen Praxis- und Reflektionsstand „globaler“ Geschichtsschreibung scheint mir dieses Problem nur im konkreten Einzelfall und quasi experimentell lösbar zu sein. Ein solches Vorgehen beinhaltet naturgemäß das Risiko, dass sich die konzeptionellen oder methodischen Prämissen einer Untersuchung in ihrer praktischen Durchführung nicht bewähren. Doch selbst ein solches „Scheitern“ brächte im derzeitigen Stadium „globaler“ Geschichtsschreibung durchaus einen Erkenntnisgewinn mit sich – wenn es den transparent gemacht und reflektiert wird. Die Geschichte der Weltbevölkerungspolitik kann man in diesem Sinne – so scheint mir – einigermaßen plausibel mit jenem Modell der „Wirkungsketten“ schreiben, das Osterhammel am Beispiel der neuzeitlichen Sklaverei entwickelt hat. Dieses Konzept zielt darauf, unser historisches Fragen und die geographischen, chronologischen und thematischen Reichweiten unserer Untersuchungen nicht a priori auf spezifische Räume, Zeiten oder Akteure einzugrenzen, sondern sie im Zuge der Untersuchung dynamisch den von uns identifizierten oder für überprüfenswert gehaltenen Interdependenzen unseres Gegenstandes anzupassen.<sup>15</sup>

In diesem Sinne kann eine Untersuchung der Weltbevölkerungspolitik Wirkungsketten folgen, welche das Agieren von Think-Tanks und Lobbyorganisationen in Washington, von UN-Departments in New York, von nationalstaatlichen Geburtenkontrollbehörden in Delhi, Djakarta oder Nairo-

---

Ulrike Schaz: Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin 1996, S. 230.

<sup>14</sup> Vgl. Kiros Abeselom: Der Mythos der Überbevölkerung zur Wahrung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Die theoretischen Grundlagen der UNO-Bevölkerungspolitik. Malthusianische und neomalthusianische Wurzeln, Bonn 1995, S. 82f.

<sup>15</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel: Aufstieg und Fall der neuzeitlichen Sklaverei. Oder: Was ist ein weltgeschichtliches Problem?, in: ders.: Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001, S. 342-369.

bi mit der Genese von weltweiten Netzwerken einer feministischen Frauengesundheitsbewegung ebenso in Bezug setzen wie mit dem Verhalten jener Hunderte von Millionen Menschen, deren Verhalten letztlich über Erfolge oder Misserfolge einer Weltbevölkerungspolitik entschied. Es geht also um jene Wirkungsketten, welche die Praxis der Geburtenkontrolle in einem beliebigen indischen, kenianischen oder peruanischen Dorf letztlich mit den internationalen Debatten demographischer Experten verbinden.

## 2. Die „Bevölkerungsbombe“ – „ein Rockefeller-Baby“

Sinnvoller Ausgangspunkt einer solchen Untersuchung ist die um 1950 in den USA aufflammende Debatte um eine weltweite „Bevölkerungsexplosion“. Die „Bevölkerungsbombe“, so hat es später ein Kritiker formuliert, war „ein Rockefeller-Baby“.<sup>16</sup> Die Diagnose einer „Überbevölkerung“ der „Dritten Welt“ mit apokalyptischem Bedrohungspotential und die Konzipierung von Gegenstrategien erfolgten zunächst im Rahmen der großen amerikanischen philanthropischen Stiftungen, vor allem der Rockefeller und der Ford Foundation sowie durch mit deren Geld gegründete Lobbyorganisationen wie den 1952 ins Leben gerufenen „Population Council“.<sup>17</sup> Weltpolitik war (und ist) in der politischen Kultur der USA kein Monopol des Staates. Lange bevor die US-Regierung unter Präsident Johnson zur Akteurin einer Weltbevölkerungspolitik wurde, hatten private Institutionen sie bereits weit vorangetrieben. Und noch in einer weiteren Hinsicht war die „Entdeckung“ eines Weltbevölkerungsproblems in den USA um 1950 typisch für den amerikanischen Weg in die Weltpolitik: Mit dem Aufstieg zur Weltmacht transponierte das politische Establishment der USA innenpolitische Problemlagen der vergangenen Jahrzehnte und die Antworten, welche der New Deal auf sie gegeben hatte, auf die Weltbühne. In den dreißiger und frühen vierziger Jahren hatte die überdurchschnittliche Vermehrung der afroamerikanischen Bevölkerung in den Südstaaten Ängste der „White Anglo Saxon Protestants“ evoziert, sie war als Ursache schwarzer Armut und als Bedrohung für die innere Stabilität der USA identifiziert worden. Und als Lösung dieses Problems hatte man auf Afroamerikaner zielende Programme der Geburtenkontrolle entworfen, als Form des social engineering auf der Basis wissenschafts-

---

<sup>16</sup> Steve Weisman: Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller-Baby, in: Kursbuch 33 (1973), S. 81 – 94.

<sup>17</sup> Vgl. Susanne Heim, Ulrike Schaz: „Das Revolutionärste, was die Vereinigten Staaten je gemacht haben“. Vom Aufstieg des Überbevölkerungsdogmas, in: Christa Wichterich (Hg.): Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994, S. 129-150; Heim/Schaz, Berechnung, S. 151ff.

generierten Wissens. Die wichtigsten Protagonisten der Weltbevölkerungsdebatte kamen um 1950 aus diesen Kontexten und angesichts der neuen weltweiten Präsenz der USA übertrugen sie die genannten Elemente auf die demographische Entwicklung der „Dritten Welt“.

Auch das Schlagwort, das diesem Aufsatz seinen Titel gibt, entstand im Kontext dieses spezifisch vorgeprägten bevölkerungspolitischen Lobbyismus. „Die Bevölkerungsbombe“ („The population bomb“), das war zunächst der Titel eines Büchleins des US-Industriellen Hugh Moore, das dieser 1954 auf der ersten UNO-Weltbevölkerungskonferenz in Rom vorstellte und an 10.000 Entscheidungsträger und Multiplikatoren in den USA versandte.<sup>18</sup> Von hier ausgehend avancierte diese Metapher international zu *dem* „Logo“ eines apokalyptischen Potentials des Bevölkerungswachstums, als Begriff wie Bild zierte die Bevölkerungsbombe seit den 60er Jahren Anzeigen von Lobbyorganisationen in den Zeitungen der „Ersten“ oder Briefmarken in der „Dritten Welt“.

Die Metapher einer „Bevölkerungsbombe“ verknüpfte das Wachstum der Weltbevölkerung zum einem mit dem Bewusstsein um das apokalyptische Potential der Atombombe, so wie es 1969 Weltbankpräsident Robert McNamara tat, wenn er warnte, alle Anstrengungen zur Entwicklung der „Dritten Welt“ würden überschattet von der „mushrooming cloud“ der Bevölkerungsexplosion.<sup>19</sup> Zum anderen erhielt das rasche Wachstum der Bevölkerung der „Dritten Welt“ nach 1945 durch den Kalten Krieg scheinbar besondere Brisanz. Der Grundgedanke der amerikanischen Geburtenkontroll-Lobby bestand in der Erwartung, das schnelle Bevölkerungswachstum der „Dritten Welt“ müsse zu sozialen Spannungen führen, derer sich der Kommunismus für seine Expansion bedienen werde. Oder in den Worten einer Zeitungsanzeige der amerikanischen „Campaign to check the Population Explosion“: „Eine Welt des Massenhungerns wird eine Welt des Chaos, der Revolten und Kriege werden. Und ein perfekter Nährboden für den Kommunismus. Wir können uns nicht ein halbes Dutzend oder mehr Vietnams leisten. Daher müssen wir ausziehen und den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerungsentwicklung zu kontrollieren.“<sup>20</sup>

Seit dem Aufstieg der Modernisierungstheorie zum Leitkonzept der US-Politik in der „Dritten Welt“ galt die Bevölkerungsentwicklung als strategische Variable beim Bemühen um eine Eindämmung des Kommunismus. Erstens galten hohen Geburtenraten als Hemmnisse der ökonomischen Entwicklung.

---

<sup>18</sup> Vgl. Heim, *Human Betterment*, S. 150 und dies., Ulrike Schaz, Einleitung, in: Finrrage (Hg.): *Bevölkerungsexplosion. Marketing einer Ideologie*, Hamburg 1993, S. 1-22, hier S. 6.

<sup>19</sup> Zit. nach Deborah Spapley: *Promise and Power. The life and times of Robert McNamara*, Boston 1993, S. 480.

<sup>20</sup> Übersetzt aus Hartmann, *Reproductive Rights*, S. 104.

Die Princeton-Ökonomen Ansley Coale und Edgar Hoover entwickelten 1958 anhand von Fallstudien zu Indien und Mexiko ein mathematisches Modell, das demonstrierte, dass das Bevölkerungswachstum dieser Länder die für eine Industrialisierung nötige Kapitalbildung ebenso verhindere wie die Entstehung von Massenkaufkraft und damit einer Nachfrage nach industriell gefertigten Konsumgütern.<sup>21</sup> Zweitens waren US-Demographen der 50er bis 70er Jahre überzeugt, die Kernfamilie gehöre zu den unabdingbaren Institutionen einer modernen Gesellschaft, sie beruhe auf einer für die Moderne charakteristischen Rationalisierung der Lebensweisen, Normen und Mentalitäten, während es für davon abweichende Familienmuster vormoderne Gesellschaften letztlich nur irrationale Gründe gäbe.<sup>22</sup> Drittens waren die US-Experten von der Strahlkraft der westlichen Kleinfamilie so überzeugt, dass sie annahmen, die Massen der „Dritten Welt“ warteten nur auf Hilfestellungen, um sich dieses Modell anzueignen. Nach 1970 wurde das Arsenal der Argumente um Szenarien einer ökologischen Apokalypse ergänzt. Die berühmtesten Dokumente dieser Art sind der 1972 vom „Club of Rome“ publizierte Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ und der 1979 Furore machende Report „Global 2000“ – jeweils Szenarien, die Bevölkerungsexplosion, ökologische Krisen und weltweite Kriege miteinander verknüpften.<sup>23</sup>

Allerdings wäre es falsch, das Modell der „Bevölkerungsbombe“ auf ein rein szientistisches Konzept zu reduzieren. Kaum einer der prominenten Vertreter der Bevölkerungskontrolllobby verzichtete darauf, sein Engagement auf ein Erweckungserlebnis zurückzuführen, dessen Schauplatz regelmäßig in Indien lag. Stellvertretend für viele sei der Biologe Paul Ehrlich zitiert: „Verstandesmäßig ist mir das Problem der Bevölkerungsexplosion schon seit langem klar, gefühlsmäßig habe ich es erst vor ein paar Jahren in einer heißen, übelriechenden Nacht in Delhi begriffen. Zusammen mit meiner Frau und meiner Tochter befand ich mich in einem uralten Taxi auf dem Heimweg zu unserem Hotel. Auf den Sitzen wimmelte es von Flöhen. (...) Die Straßen waren voll von Menschen, die aßen, sich wuschen, schliefen. Menschen, die schwatzten, stritten und kreischten. Die ihre Hände durch das Taxifenster streckten und bettelten. Die urinierten und ihren Darm entleerten. Menschen, Menschen, Menschen, Menschen. Während der Wagen langsam, laut hupend durch die Menschenmassen fuhr, gaben Staub, Lärm, Hitze und Feuerstellen

---

<sup>21</sup> Vgl. Ansley J. Coale, Edgar M. Hoover: Population growth and economic development in low-income countries. A case study of India's prospects, Princeton 1958.

<sup>22</sup> Vgl. John C. Caldwell: Theory of fertility decline, London 1982, S. 119-122.

<sup>23</sup> Vgl. Dennis L. Meadows: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972,; Reinhard Kaiser (Hg.): Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt am Main 1980, Lambrecht/Mertens, Small family, S. 21f.; Thomas Etzemüller: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007, S. 135.

der Szene etwas Höllisches. Würden wir jemals unser Hotel erreichen? Offen gesagt, wir fürchteten für uns alle drei – als könnte jeden Augenblick etwas geschehen –, aber natürlich geschah nichts. [...] Wir waren nur ein paar überprivilegierte Touristen, denen die Menschenmassen und Geräusche Indiens fremd waren. Vielleicht; aber seit jener Nacht kenne ich das *Gefühl* der Überbevölkerung.<sup>24</sup> „Überbevölkerung“ war also nicht zuletzt ein Bedrohungsgefühl, die Furcht zivilisierter, reicher Weißer vor den Massen der Habenichtse dieser Welt, von denen man sich durch herkömmliche Mittel (das Blech des Taxis) nicht hinreichend abschotten konnte, die ihre Hände bereits fordernd in die Sphäre der Reichen hineinstreckten und die ebenso schwer abzuschütteln waren wie Flöhe.

Bis zum Ende der 60er Jahre blieben die privaten Stiftungen der USA die wichtigsten Geldgeber für Geburtenkontrollprogramme in der „Dritten Welt“. Allein die Ford Foundation gab zwischen 1952 und 1983 260 Millionen US-Dollar für entsprechende Projekte aus. Ab Mitte der 50er Jahre finanzierte die Stiftung den Aufbau von bevölkerungswissenschaftlichen Forschungszentren und Studiengängen zunächst in den USA, dann auch in Schlüsselländern der „Dritten Welt“ wie den Philippinen, Indonesien oder Brasilien. Hier wurde in der Folge eine internationale Elite demographischer Experten ausgebildet und auf einen neomalthusianischen Denkstil eingeschworen. Wer um 1970 in den Fachministerien in Washington, Delhi, Djakarta oder Manila Bevölkerungspolitik konzipierte, hatte mit großer Wahrscheinlichkeit diese Ausbildung durchlaufen und sah sich als Teil eines internationalen Expertenmilieus.<sup>25</sup>

Innerhalb der USA erwies es sich aber für die Lobbyisten als relativ schwierig, die Regierungspolitik in Richtung einer aktiven Weltbevölkerungspolitik zu drängen; vor allem die Rücksichtnahme auf katholische Wähler wirkte hier als Hindernis. Erst die Eskalation des Vietnamkrieges ließ das Argument einer Eindämmung des Kommunismus durch Geburtenkontrollpolitik so gewichtig werden, dass die US-Regierung sich diese Strategie offiziell zu eigen machte. Präsident Lyndon B. Johnson erklärte 1965, die Entwicklung eines Landes der „Dritten Welt“ profitiere von fünf Dollar für Bevölkerungskontrollmaßnahmen mehr als von 100 Dollar, die man in industrielle Entwicklung investiere.<sup>26</sup> Im folgenden Jahr beschloss der Kongress, Mittel der Hungerhilfe künftig auch für Familienplanung einzusetzen, und 1972 entfielen schon zwei Drittel aller Ausgaben der amerikanischen Entwicklungshilfe im Gesundheitssektor auf Geburtenkontrollprogramme.

---

<sup>24</sup> Paul R. Ehrlich: Die Bevölkerungsbombe, Frankfurt am Main 1973, S. 15 (Hervorhebung im Original).

<sup>25</sup> Vgl. Heim/Schaz, Berechnung, S. 154; Hartmann, Reproductive Rights, S. 115.

<sup>26</sup> Vgl. Hartmann, Reproductive Rights, S. 106; Heim, Human Betterment, S. 152.

Das Angebot an internationalen Fördermitteln für Familienplanung überstieg zu diesem Zeitpunkt die Nachfrage aus der „Dritten Welt“ um ein Mehrfaches. Um diese Nachfrage zu stimulieren, beschloss der US-Kongress 1975, die Regierung solle künftig Nahrungsmittelhilfen an die Bedingung knüpfen, dass das Empfängerland Geburtenkontrollprogramme realisiere.<sup>27</sup>

Mit der offensiven Geburtenkontrollpolitik der US-Regierung entstand allerdings vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges und einer weltweiten Hochkonjunktur des Antiamerikanismus die Gefahr, dass Geburtenkontrollpolitik als „imperialistische“ Strategie angesehen und entsprechend unpopulär bei vielen Regierungen und großen Teilen der Bevölkerungen der Zielländer werden würde. An diesem Punkt forcierten die USA gezielt das Engagement der UNO auf diesem Feld, um Geburtenkontrolle als politisch neutrales Anliegen erscheinen zu lassen und eigene Fördergelder über die Kanäle der UNO zu „waschen“.

### *3. Weltbevölkerungspolitik: Institutionen, Programme, „Kollateralschäden“*

Innerhalb des UN-Apparates arbeitete seit 1951 eine „Population Division“, deren Mitarbeiter Teil des internationalen Expertenmilieus waren. Ihre Bedeutung lag in der internationalen Sammlung und Kommunikation von Daten sowie in der Organisation der beiden ersten UNO-Weltbevölkerungskonferenzen, 1954 in Rom und 1965 in Belgrad, die nicht als politisch-diplomatische Foren, sondern als Fachtagungen zur Integration des Expertenmilieus dienten. Die politischen Spielräume der UN-Bevölkerungsabteilung blieben zunächst beschränkt, weil die Ostblockstaaten und eine größere Zahl von Blockfreien dem eindeutig westlich gerahmten Konzept der „Bevölkerungsexplosion“ ablehnend gegenüber standen.<sup>28</sup> Infolgedessen entwickelten sich innerhalb der UNO zwei Ebenen einer Weltbevölkerungspolitik – die administrative Praxis der Bevölkerungsabteilung, die auf dem neomalthusianischen Denkstil ihrer Experten beruhte, und die Ebene der diplomatischen Aushandlung von Grundsatzkontroversen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Auf der Ebene der politischen Grundsatzdebatten blieb die Weltbevölkerungspolitik bis Mitte der 90er Jahre strittig. 1968 war sie Thema der Weltmensenrechtskonferenz in Teheran, 1974 und 1984 folgten UNO-Bevölkerungskonferenzen auf der Ebene der Regierungen und Diplomaten in Bukarest beziehungsweise Mexico City. 1968 wie 1974 begegneten die westlichen Forderungen nach einer auf deutliche Senkung der Geburtenraten der

---

<sup>27</sup> Vgl. Heim/Schaz, Berechnung, S. 156f.

<sup>28</sup> Vgl. Abeselom, Mythos, S. 47f.; Heim/Schaz, Berechnung, S. 161-167.

„Dritten Welt“ gerichteten Bevölkerungspolitik dem Widerspruch der realsozialistischen und eines Großteils der blockfreien Staaten, die auf offener Weltbühne nicht in Geburtenkontrolle sondern in einer Neuen Weltwirtschaftsordnung den Schlüssel für die Beseitigung der Armut sahen. Typisch für alle Konferenzen war, dass ihre Schlussdokumente nach starken Worten und hartem Ringen – der Entwurf zum Schlussdokument von Bukarest 1974 erfuhr 300 Änderungen, bis er konsensfähig war – in Formelkompromissen eines „sowohl als auch“ bestanden. Die bevölkerungspolitische Lobby konnte sich nie mit dem Wunsch durchsetzen, die UNO möge ihren Mitgliedsstaaten quantifizierte Ziele der Geburtenenkung vorgeben, erreichte aber immer wieder, dass die UN-Gremien konstatierten, Geburtenkontrollprogramme seien legitime Instrumente der Entwicklungspolitik und das 1968 in Teheran verkündete Menschenrecht auf freie Entscheidung über die Kinderzahl sei dadurch beschränkt, dass diese Entscheidung „verantwortlich“ im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Wohls sein müsse.<sup>29</sup> In der Summe jedenfalls vergrößerten die UNO-Resolutionen schrittweise die Akzeptanz, die das politische Ziel einer Begrenzung des Bevölkerungswachstums bei den Eliten der „Dritten Welt“ fand.

Wie das Beispiel der Bevölkerungspolitik zeigt, sollte sich eine Geschichte der UNO ohnedies nicht auf die Ausdeutung der von diplomatischen Formelkompromissen geprägten Großereignisse und ihrer Dokumente beschränken, sondern daneben die Praxis der UN-Administration fokussieren. Die Weltbevölkerungskonferenzen umrissen lediglich den Rahmen dessen, was innerhalb der UNO denkbar sein würde. Die Praxis der UN-Administration hing dann von ihrer personellen Zusammensetzung und den auf sie wirksamen Außeneinflüssen ab. Da die UN-Bevölkerungsabteilung von neo-malthusianischen Experten dominiert wurde und finanziell von den westlichen Industrienationen abhängig war, bezog sie sich in ihrer Praxis selektiv auf jene Passagen der Grundsatzdokumente, die Geburtenkontrolle positiv bewerteten und sah ihre Aufgabe darin, Staaten der „Dritten Welt“ zu Geburtenkontrollprogrammen zu motivieren und sie bei deren Planung und Durchführung zu unterstützen.

---

<sup>29</sup> Vgl. Weltbevölkerungsaktionsplan. Deutsche Übersetzung der von der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen verabschiedeten Fassung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1 (1975), S. 80-108; Benno Engels: Bevölkerung und Entwicklung. Probleme einer Weltbevölkerungspolitik nach dem Kairoer Symposium und der Weltbevölkerungskonferenz in Budapest, in: ebenda 2 (1976), S. 77-94; Christian Tomuschat: „Seid fruchtbar und mehret euch ...“. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Budapest, in: Vereinte Nationen 4 (1974), S. 97-100; Dieter Baldeaux: Bevölkerungspolitik der Entwicklungsländer. Beurteilung der Maßnahmen seit der Weltbevölkerungskonferenz 1974, München/Köln/London 1985, S. 76-89.

An vor allem von den USA bereitgestellten Finanzmitteln mangelte es nicht. Auf Wunsch der US-Regierung hatte UNO-Generalsekretär U Thant 1967 einen „United Nations Fund for Population Activities“ eingerichtet, dessen Verwaltung dem Einfluss der Mitgliedsstaaten entzogen blieb, indem er unmittelbar dem Generalsekretär unterstellt wurde, der wiederum ein Beraterkomitee ernannte, das aus profilierten Vertretern der Geburtenkontroll-Lobby wie John Rockefeller III bestand. Über diesen Fonds verteilte man ab 1969 großzügig Fördergelder für Geburtenkontrollprogramme und schreckte dabei – wie in den Fällen Indien 1975/77 und Bangladesh 1983/84 – vor der Kofinanzierung von Zwangssterilisationskampagnen nicht zurück. Auch die mit harten Zwangsinstrumenten seit 1979 in der Volksrepublik China vorangetriebene Ein-Kind-Politik wurde aus Mitteln der UNO mitfinanziert.<sup>30</sup> Die Politik der Weltbank bewegte sich im Übrigen in dieselbe Richtung. Einerseits förderte die Bank zwischen 1970 und 1984 Familienplanungsprojekte direkt mit 500 Millionen US-Dollar. Andererseits gehörte die Bereitschaft zu Geburtenkontrollprogrammen zu jenen Auflagen, welche die Bank Ländern der „Dritten Welt“ im Rahmen ihres allgemeinen Kreditgeschäftes zu machen pflegte.<sup>31</sup>

Unter diesen Bedingungen verkündete ein Großteil der Entwicklungsländer ab Mitte der 60er Jahre utopische Geburtenkontrollprogramme. Ob jene Regierungen, die nun vor der Weltöffentlichkeit behaupteten, sie würden die Geburtenraten ihrer Länder innerhalb eines Jahrzehntes um ein Drittel oder gar die Hälfte senken, selbst davon überzeugt waren, hierzu in der Lage zu sein, kann im Rückblick als durchaus fraglich erscheinen. Eindeutig war allerdings, dass nur solche Versprechungen den Weg zu den Finanztöpfen westlicher Entwicklungshilfe wie vieler UN-Programme ebnete – also zu jenen externen Ressourcen, die für die Eliten vieler „Dritte Welt“-Länder immer wichtiger wurden. 1984 betrieben 51 Entwicklungsländer, in denen 80 Prozent der Menschen der „Dritten Welt“ lebten, eine auf Geburtenreduzierung gerichtete Bevölkerungspolitik. Mit wenigen Ausnahmen scheiterten aber all diese Programme (gemessen an ihren selbst gestellten Zielen), und sie taten dies mit dem „Kollateralschaden“ millionenfachen physischen wie psychischen Leids.

---

<sup>30</sup> Vgl. Hartmann, *Reproductive Rights*, S. 106, 111-117, 154ff., 210ff.; Heim/Schaz, *Berechnung*, S. 166ff.

<sup>31</sup> Vgl. Heide Mertens: *Familienplanung als Entwicklungsstrategie. Die Rolle der Internationalen Organisationen und der Bundesrepublik bei der Bevölkerungskontrolle*, in: *Peripherie* 36 (1989), S. 41-60 und zum Beispiel des Weltbank-Engagements in Tansania Lisa Richey: *Family Planning and the Politics of Population in Tanzania: International to Local Discourse*, in: *Journal of Modern African Studies* 37 (1999), S. 457-487, hier S. 467-470.

Eine weitgehend verallgemeinerbare Ursache für das Scheitern der Geburtenkontrollprogramme bestand in der Ignoranz der internationalen Experten gegenüber den konkreten sozioökonomischen, medizinischen und kulturellen Kontexten, auf die ihre Programme trafen. Die Prämisse, in den ländlichen Regionen der „Dritten Welt“ warteten Millionen von Paaren nur darauf, ökonomisch vermeintlich irrationale und kulturell vormoderne Familienstrukturen zugunsten der westlichen Kernfamilie aufgeben zu können, erwies sich schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als unzutreffend. Werbekampagnen für die Geburtenkontrolle, die voraussetzten, der in ihnen als Leitbild propagierte Lebensstil städtischer Mittelschichtpaare westlichen Stils sei ein universelles Ideal, verfehlten die Lebenswirklichkeiten in den Dörfern Indiens, Bangladeshs, Ägyptens oder Kenias. Nur sehr langsam nahm die bevölkerungswissenschaftliche Diskussion ab 1970 zur Kenntnis, dass Traditionen der Strahlkraft der westlichen Moderne widerstehen oder dass Kinderreichtum in agrarischen Subsistenzwirtschaften als ökonomisch rational betrachtet werden konnte. Auf die Eigenmotivation der Betroffenen setzende Familienplanungsprogramme erwiesen sich als unfähig, ihre ehrgeizigen Plansollzahlen zu erreichen.<sup>32</sup>

Aus Sicht der internationalen Experten bestand der Ausweg aus dieser Sackgasse darin, Geburtenkontrolle in den Ländern der „Dritten Welt“ mit solchen aus den Industriestaaten importierten Technologien zu betreiben, deren Wirksamkeit möglichst unabhängig vom konsistenten Willen der betroffenen Menschen zur Verhütung war. Daher avancierten neben der Sterilisation Mitte der sechziger Jahre die Spirale und Mitte der 70er Jahre Drei-Monatshormonspritzen zu den im Rahmen der Geburtenkontrollprogramme der „Dritten Welt“ bevorzugten Technologien, während die in den Industriestaaten bevorzugten Mittel wie Kondom, Diaphragma, Pille oder Temperaturmessung nur marginale Rollen spielten. Die Akzeptanz der Geburtenkontrollprogramme wurde durch diese Technologien weiter vermindert, denn während ihre Nebenwirkungen – wie z.B. verstärkte Blutungen bei Spirale und Dreimonatsspritzen – in Industriegesellschaften mit funktionierenden Gesundheitssystemen beherrschbar sein mochten, führten sie unter den hygienischen Bedingungen der „Dritten Welt“ zu individuellen wie kollektiven Katastrophen. Hier erwies sich der Expertenglaube als fatal, man könne westliche Technologien auf ihre instrumentelle Dimension reduziert in andere kulturelle Kontexte transferieren, ohne deren Spezifika zu berücksichtigen.<sup>33</sup>

Indien bietet ein gutes Beispiel für die in diesen Strukturmängeln angelegte Dynamik zur Eskalation der Geburtenkontrollpolitik. Nachdem man Mitte

---

<sup>32</sup> Vgl. Ledbetter, *Thirty Years*, S. 752.

<sup>33</sup> Vgl. Mertens, *Familienplanung*, S. 54-57; Lambrecht/Mertens, *Small family*, S. 76-83.

der 60er Jahre das Scheitern des auf kontinuierliche Eigenmotivation der Betroffenen ausgelegten Familienplanungsprogramms konstatieren musste, importierte man aus den USA die neue Technologie der Spirale. Nachdem diese in ihrem ersten Einsatzjahr fast 1 Million Frauen eingesetzt worden war, stürzten die Zahlen in den Folgejahren rapide ab, als die aufgrund mangelhafter Nachsorge eintretenden Nebenwirkungen sich – im Wortsinne – „herumsprachen“. Die Regierung antwortete mit einer Verlagerung des Schwerpunktes auf Sterilisationen, für die mit Geldprämien und über ein System privater „Drückerkolonnen“ geworben wurde. 1971/72 versuchte man es mit dem Aufbau von Massensterilisations-Zeltlagern mit Jahrmarktscharakter an Verkehrsknotenpunkten, die vor allem auf analphabetische Landarbeiter zielten, die über den Charakter der an ihnen vollzogenen Eingriffe häufig im Unklaren gelassen und nicht über alternative Verhütungsmethoden informiert wurden.<sup>34</sup> Den nächsten Eskalationsschritt von 1976 habe ich bereits skizziert. In der Summe, und dies gilt für eine Vielzahl von Entwicklungsländern, mochten auf Zwang ausgerichtete Kampagnen kurzfristig Erfolgswahlen produzieren, langfristig aber zerstörten sie die Akzeptanz staatlicher Familienplanungsprogramme.

„Weltbevölkerungspolitik“ ereignete sich letztlich in Hunderttausenden von Dörfern und Städten der Südhalbkugel, wurde hier lokale Geschichte. Soziologen bezeichnen diese Seite der Globalisierung mit dem Begriff der „Glokalisierung“ – ein Terminus, der zwar sprachästhetisch erschauern lässt, inhaltlich jedoch Entscheidendes trifft. Erst die Aneignungen von Weltbevölkerungspolitik durch lokale Akteure – seien es dörfliche Eliten, die sich als Broker dieser Politik verstanden oder sich selektiv einzelner ihrer Möglichkeiten bedienten, seien es die als „Objekte“ dieser Politik anvisierten Menschen – entschieden über ihre Konsequenzen. Einer Geschichtsschreibung der Weltbevölkerungspolitik kommt hier zugute, dass die Familienplanungsprogramme in den vergangenen Jahrzehnten von einer großen Zahl demographischer, soziologischer und ethnologischer Feldstudien in den Dörfern und Städten der „Dritten Welt“ begleitet worden sind. Für eine historische Perspektive auf die Weltbevölkerungspolitik bieten diese Untersuchungen gute Möglichkeiten. Sie zeigen einigermaßen konsistent, dass Geburtenraten dort langfristig sanken, wo ein Rückgang der Kindersterblichkeit das Bestreben der Eltern minderte, durch immer weitere Kinder das Überleben von Nachwuchs zu sichern, und wo ökonomischer Wandel es sinnvoll machte, mehr Ressourcen in die verbesserte Ausbildung weniger Kinder zu inves-

---

<sup>34</sup> Vgl. Lambrecht/Mertens, *Small family*, S. 154-164; Rao, *Society passim*; Vicziany, *Coercion*, S. 383-389, S. 563-580; Ledbetter, *Thirty Years*, S. 743-746; Cassen, *India*, S. 149-165.

tieren, statt eine große Zahl ungelerner Arbeitskräfte heranzuziehen. Ebenso erweist sich eine Stärkung der wirtschaftlichen Autonomie von Frauen als ein Geburtenzahlen senkender Faktor, denn sie stärkte deren Entscheidungsmacht gegenüber den Männern auch in Bezug auf die Zahl der Kinder.<sup>35</sup> Der nachhaltige Effekt auf Überredung, kurzfristige materielle Lockangebote oder Zwang angelegter Geburtenkontrollprogramme dagegen dürfte gering zu veranschlagen sein – das den Betroffenen so zugefügte Leid dagegen als erheblich.

#### 4. Von der Geburtenkontrolle zum feministischen „Empowerment“?

Vor allem letzteres trug zur Genese eines völlig neuen Phänomens der internationalen Bevölkerungspolitik bei, nämlich zum Entstehen von Netzwerken einer internationalen Frauengesundheitsbewegung, in dem sich – anders als in klassischen Organisationen des westlich dominierten Feminismus – Frauengruppen der „Dritten Welt“ auf gleicher Augenhöhe mit Feministinnen der Industriegesellschaften engagierten. Die Geographen Dietrich Soyez und Mary Barker haben 1998 am Beispiel der Umweltbewegung plausibel gemacht, dass die „polyzentrische Welt“ der Globalisierung Akteuren, die im Rahmen der inneren Machtstrukturen ihres Nationalstaates wenig Einfluss besitzen, die Chance bieten kann, diesen durch den Aufbau transnationaler Allianzen zu vergrößern.<sup>36</sup> Genau dies lässt sich ab Anfang der 80er Jahre am Beispiel etwa indischer Frauengruppen beobachten, die ihre Opposition gegen die dirigistische Familienpolitik ihres Staates über den Aufbau transnationaler Kontakte und das Agieren auf internationaler Ebene stärkten.<sup>37</sup>

Der schwindende Einfluss des neomalthusianischen Expertendenkstils wurde bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 sichtbar.<sup>38</sup> Dass

---

<sup>35</sup> Vgl. etwa Anke Niehof (Hg.): *Two is enough. Family planning in Indonesia under the New Order. 1968-1998*, Leiden 2003; John C. Caldwell, Allan G. Hill, Valerie J. Hull (Hg.): *Micro-Approaches to Demographic Research*, London/New York 1988; Caldwell/Reddy/Caldwell, *Causes of Demographic Change*.

<sup>36</sup> Vgl. Dietrich Soyez, Mary L. Barker: *Transnationalisierung als Widerstand: Indigene Reaktionen gegen fremdbestimmte Ressourcennutzung im Osten Kanadas*, in: *Erdkunde* 52 (1998), S. 286-300 sowie Margaret Keck, Kathryn Sikkink: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/London 1998.

<sup>37</sup> Vgl. Gans/Mistelbacher, *Indien*, S. 17.

<sup>38</sup> Die vorangegangene Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko City (1984) hatte einen besonderen Akzent dadurch erhalten, dass die US-Regierung im Vorfeld der Wiederwahl von Ronald Reagan von ihren bevölkerungspolitischen Grundkonzepten teilweise abgewichen war, um christlich-fundamentalistische Wählergruppen zu befrieden. Abgesehen von der Ablehnung solcher Programme, in deren Rahmen auch Abtreibungen

diese UNO-Konferenz die Verbesserung der Lage von Frauen offiziell zum Schlüsselproblem der ökonomischen Entwicklung der „Dritten Welt“ erklärte, das „Empowerment“ von Frauen zum Kern künftiger Familienplanungsprogramme erhob und „reproduktive Menschenrechte“ proklamierte, war zwar wichtig, aber noch nicht einmal der auffälligste Indikator des eingetretenen Umschwungs. Auch für die in Kairo gefassten Beschlüsse gilt, dass es sich um diplomatische Formelkompromisse handelte, die in der Praxis sehr unterschiedliche Programme legitimieren konnten.<sup>39</sup>

Bemerkenswert jedoch war, dass die UNO-Weltbevölkerungskonferenz 1994 erstmals eingebettet war in ein Gesamtereignis, das von etwa 15.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus feministischen und anderen kritischen Nichtregierungsorganisationen aus 180 Staaten dominiert wurde. Zudem hatten die Expertenstäbe des neomalthusianischen Denkstils inzwischen auch innerhalb der Regierungsdelegationen, der Weltbank und UN-Fachbehörden Konkurrenz durch aus solchen Kontexten hervorgegangene Expertinnen gefunden. Kritikerinnen haben hier vor allem eine Allianz amerikanischer Geburtenkontroll-Lobbyisten und amerikanischer Feministinnen erkennen wollen, die eher zu einem semantischen Facelifting als zu einer inhaltlichen Umorientierung der Weltbevölkerungspolitik geführt habe.<sup>40</sup> In dieser Kritik artikulierte sich zum einen grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Ansinnen, mit Institutionen wie der Weltbank zu kooperieren, die sich durch ihre Politik in vielen Ländern der „Dritten Welt“ radikal diskreditiert haben. Zum anderen hegten Frauengruppen dieser Länder ein berechtigtes Misstrauen gegenüber der Bereitschaft von Feministinnen aus den westlichen Industriestaaten, sie als gleichberechtigt zu behandeln und zu respektieren, dass sie aufgrund der ökonomischen Strukturen und kulturellen Traditionen ihrer Gesellschaften andere politische Prioritäten setzten als die meist den Mittelschichten stabiler Wohlfahrtsdemokratien entstammenden Vertreterinnen des westlichen Feminismus. Aber schon allein die Tatsache, dass sich die Kritikerinnen einer globalen Bevölkerungspolitik im Vorfeld der Konferenz von Kairo über transnationale Netzwerke wie FINRRAGE (Feminist International Network

---

finanziert wurden, veränderte sich aber die praktische Politik der USA nicht, vgl. Christa Wichterich: Menschen nach Maß – Bevölkerung nach Plan – Die neue Weltordnung der Fortpflanzung, in: dieselbe (Hg.), Menschen, S. 9-39, hier S. 23 und Heim/Schaz, Berechnung, S. 172f.

<sup>39</sup> Vgl. Sonya Schneider: Bevölkerungspolitik – Vom Zwang zum Konsens. Eine Analyse des bevölkerungsökonomischen und bevölkerungspolitischen Diskurses sowie des Diskurses der Frauen(gesundheits)bewegung, Bremen 2000, S. 253-280.

<sup>40</sup> Vgl. die Deutung der Kairoer Konferenz als dominiert von einem Bündnis amerikanischer Neomalthusianer und amerikanischer Feministinnen bei D.H. Hodgson, S.C. Watkins: Feminists and neo-malthusians: past and present alliances, in: Population and Development Review 23 (1997), S. 469-523.

of Resistance against Reproductive and Genetic Engineering) zu Debatten zusammenfanden und sich gemeinsam mit einem im Dezember 1993 in Comilla (Bangladesh) verabschiedetem Manifest zu Wort meldeten, verwies auf historisch neue Konstellationen.<sup>41</sup>

Am Ende des hier betrachteten Zeitraums steht zwar nicht die weltweite Abkehr von auf Zwang aufgebauten Geburtenkontrollprogrammen – sie sind vor allem in Südasien und China weiterhin Gegenwart –, aber eine historisch neue Pluralisierung der auf den Feldern Frauengesundheitspolitik und Familienplanung international tätigen Akteurinnen und Akteure und eine deutliche gewachsene Chance für zuvor innerhalb ihrer Nationalstaaten ohnmächtige Oppositionsgruppen, sich auf internationaler Ebene zu artikulieren und so „über Bande“ Einfluss auf die Politik ihrer Staaten zu nehmen.

In Indien beispielsweise erreichten nationale Frauenverbände vor dem Hintergrund der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz und im Zusammenspiel mit internationalen Entwicklungshilfeorganisationen ab Mitte der 90er Jahre eine tiefgreifende Umorientierung der nationalen Bevölkerungspolitik. Die Regierung verzichtete nun auf die Setzung quantitativer Ziele, ja überhaupt auf den Versuch einer zentralistischen Steuerung auf diesem Politikfeld und bekannte sich zugleich zu einem ganzheitlichen Ansatz. Dieser sah die Verbesserung des Zugangs zu Verhütungsmitteln und Informationen über ihren Gebrauch ebenso vor wie Maßnahmen zur Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, zur Gewährleistung eines flächendeckenden und kostenlosen Schulangebotes für Kinder bis zum 14. Lebensjahr und diverse Maßnahmen zur Aufwertung der sozialen Position von Frauen. Inwiefern diese von Kairo (= der „globalen“ Ebene) ausgehende Wirkungskette über Delhi (= die nationale Ebene) dann auch die Hunderttausenden von indischen Dörfern (= die lokale Ebene) erreichte – und wie sich die Bedeutung einer Formel wie „Women Empowerment“ dabei wandelte –, wäre freilich noch zu untersuchen.<sup>42</sup> Denn ohne den Blick in die Familienplanungsstationen und Gesundheitsposten asiatischer, afrikanischer oder lateinamerikanischer Dörfer ist eine Geschichte der Weltbevölkerungspolitik schlechterdings nicht zu schreiben.

---

<sup>41</sup> Vgl. Schneider, Bevölkerungspolitik, S. 205-215, S. 236-253.

<sup>42</sup> Vgl. Gans/Mistelbacher, Indien, S. 17-22 mit ersten empirischen Ergebnissen zu vier nordindischen Dörfern.

## Resümees / Abstracts<sup>•</sup>

### **Patrick Wagner, Prof. Dr. phil., Lehrstuhlinhaber Zeitgeschichte, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Zeitgeschichte zu schreiben, kann gegenwärtig nicht mehr allein heißen, nationale Geschichte(n) zu schreiben. Die Geschichte der jüngsten Zeit fordert vielmehr eine Perspektive, die Prozesse der ‚Globalisierung‘ erfasst, diese aber zugleich rückbindet an konkrete Erfahrungen in den nationalen, regionalen und lokalen Gesellschaften. Die Geschichte der indischen Bevölkerungspolitik dient dem Autor daher als Fallbeispiel, an dem die Verschränkung globaler, nationaler und lokaler Kontexte sichtbar gemacht wird. So wird vor dem Hintergrund einer internationalen Debatte über die „Bevölkerungsexplosion“ importierter Technologien, bevölkerungspolitischer Programme der UNO und der biographisch erfahrenen ‚Westernisierung‘ der indischen Planer erkennbar, dass ein westliches Ideal der ‚modernen Kernfamilie‘ sowie von westlichem Planungsdenken beeinflusste Steuerungsmodelle als Leitbilder jener nationalen Politik dienten, die in Indien zwischen 1975 und 1977 zur großenteils zwangsweisen Sterilisierung von 11 Millionen Menschen führte. Die Geburtenkontrollpolitik Indiens ist, so die These, nicht zu verstehen, ohne die Berücksichtigung globaler Institutionen, Diskurse und Akteure.

### **Stefan Schmidt, M.A., Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Die Frage, inwiefern und in welchen Formen eine politische Partizipation der Bevölkerung unter den Bedingungen der SED-Diktatur in der DDR möglich war, hat in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion bislang relativ wenig Beachtung gefunden. Der vorliegende Aufsatz untersucht anhand von Eingaben ostdeutscher Bürger aus den 1970er Jahren, welche partizipatorischen Spielräume die DDR-Bevölkerung besaß und inwieweit sie auf dem Weg der Eingabe Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen konnte. Der Autor setzt das Ansteigen bzw. Absinken des Eingabenaufkommens in Beziehung zu wohnungspolitischen Entscheidungen der SED und argumentiert, dass Eingaben in der DDR in begrenztem Maße als „plebiszitäres Mittel“ fungieren konnten.

---

<sup>•</sup> In der Reihenfolge der Beiträge.

**Holger Zaunstock, PD Dr. phil., Franckesche Stiftungen zu Halle**

Die aktuelle Debatte zur Zukunft der DDR-Forschung lässt sich in die Frage übersetzen: Wie lassen sich die Geschichten beider deutscher Staaten adäquat in eine „deutsche“ Nachkriegsgeschichte integrieren? Für eine solche Frageperspektive wird künftig vor allem das Potential von alltags-, mentalitäts- und im weiteren Sinne kulturgeschichtlichen Ansätzen fruchtbar zu machen sein. Darüber hinaus gilt es, Themen und Quellen zu berücksichtigen, die bislang zu wenig in den Blick genommen wurden. Diesen Weg geht der vorliegende Aufsatz am Beispiel der Erinnerungen von Soldaten der NVA. Es wird ein die Wende von 1989 übergreifendes Erinnerungsfeld beschrieben, das den Stellenwert individueller Erfahrungen in der DDR für das Entstehen von Identitäten und das Entwerfen von Geschichtsbildern in der Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands plastisch werden lässt. Der Autor diskutiert dabei verschiedene Quellentypen, insbesondere Internetforen und Erinnerungsräume im Netz. Der Beitrag bietet im Hinblick auf diese Internetquellen methodisch-konzeptionelle Überlegungen an, welche die universitäre, akademische Forschung auf ein noch unvermessenes Geschichtsterrain führen und herausfordern können.

**Christian Grobler, Lehramtsreferendar für Geschichte und Sozialkunde, Köthen**

Kann der Forschungsstand zur sowjetischen Besatzungspolitik in Ostdeutschland nach 1945 mittlerweile als gut gelten, so trifft dieser Befund für die Erforschung *lokaler* Ausprägungen sowjetischer Herrschaftspraxis und in diesem Kontext auch der Implementierung von Herrschaft durch Repression nur bedingt zu. Diesem Forschungsdesiderat wendet sich der Beitrag zu. Er untersucht die sowjetische Verfolgungspraxis in Köthen (Anhalt), einer Mittelstadt mit überwiegend mittelständischer Wirtschaftsstruktur und einem agrarisch geprägten Umfeld, die als typisch für den Großteil ostdeutscher Städte gelten kann. Der Autor argumentiert, dass die Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht weit willkürlicher waren und breitere Bevölkerungsgruppen betrafen als bislang angenommen.

**Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, im Interview mit Otto Freiherr Grote, Oberst a.D.**

Otto Freiherr Grote, Berufsoffizier der Bundeswehr und nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT), schildert in diesem Interview den sowjetischen Truppenabzug aus der DDR. Seine Erinnerungen verweisen auf die Probleme, die aus dem Fehlen einer funktionierenden

Verwaltung und Infrastruktur, insbesondere in der Anfangsphase des Abzugs, erwachsen. Das Interview dokumentiert die Schwierigkeiten, die Denkstrukturen des Kalten Krieges zwischen den ehemaligen Gegnern zu überwinden, ebenso wie ihr Fortwirken und Überwinden bis in die Gegenwart. Grotes Erinnerungen sind daher methodisch einzuordnen in das für Zeithistoriker so wichtige und zugleich so schwierige Feld der Oral History.

## **Impressum:**

### **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

Herausgegeben von:

Daniel Bohse, Stefanie Middendorf und Jana Wüstenhagen

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht.

In die Reihe aufgenommene Beiträge werden auch im Internet veröffentlicht. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Thomas Pruschwitz,  
Tom Gärtig  
[www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz)

Gestaltung: Annett Sonntag, Halle (Saale)

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion  
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Institut für Geschichte  
06099 Halle (Saale)  
Germany  
Tel.: + 49 345 5524294  
Fax: + 49 345 5527042  
E-Mail: [redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de](mailto:redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de)

ISSN: 1433-7886